

geschehe „aus ihrem Selbstverständnis und ihrem eigenen Auftrag sowie in Verantwortung gegenüber dem unborenen Kind und der in Not geratenen Frau und ihrer Familie“. Die end-

gültige Entscheidung der Bischofskonferenz über eine Fortsetzung der Beratung innerhalb des gesetzlichen Rahmens werde damit nicht vorweggenommen. U. R.

## Frankreich: AIDS – eine Anfrage an die Gesellschaft

*Die Sozialkommission der französischen Bischofskonferenz veröffentlichte eine ausführliche Studie zum gesellschaftlichen Umgang mit dem Phänomen AIDS und löste damit weltweit eine kontroverse Diskussion aus.*

Ob die französischen Bischöfe in erster Linie irritiert waren, weil sie den Eindruck hatten, von den Medien mißverstanden worden zu sein, oder angenehm überrascht, weil es ihnen nach langer Zeit endlich einmal gelungen war, mit einer allgemein positiv aufgenommenen Stellungnahme Schlagzeilen gemacht zu haben, läßt sich von außen nur schwer ermesen. Tatsache ist, daß Mitte Februar für einige Tage eine Veröffentlichung zum Thema AIDS der Sozialkommission der französischen Bischofskonferenz (Vorsitzender: der Bischof von Poitiers, *Albert Rouet*) im Mittelpunkt des allgemeinen Medieninteresses stand. Wobei es genau genommen eigentlich nur wenige Sätze waren, denen dieses Interesse entgegengebracht wurde, Sätze, in denen die Verwendung von Präservativen zum Schutz vor einer möglichen Ansteckung mit der Immunschwächekrankheit AIDS unter bestimmten Umständen umstandslos als „notwendig“ bezeichnet wird.

### Die Bischöfe zielen auf einen breiten Konsens

Am 12. Februar, rechtzeitig zum Valentins-Tag am 14. Februar, wie manche Medien süffisant vermerkten, veröffentlichte die Sozialkommission der Bischöfe ein 235seitiges Buch mit dem Titel „SIDA. La société en question“

(AIDS. Anfrage an die Gesellschaft), erschienen im Verlag Bayard Editions/Centurion, in einer Schriftenreihe von Dokumenten des Episkopates. Die Schrift enthält mehr als nur eine Erklärung der zuständigen Kommission. Es handelt sich um eine Art *Reader* mit Texten verschiedenen Typs wie unterschiedlicher amtlicher Verbindlichkeit. Das Buch ist das Ergebnis eines mehrjährigen Beratungsprozesses. In der Reihenfolge, in der die Texte abgedruckt sind, enthält das Buch zunächst die Stellungnahme einer namentlich unterzeichnenden Experten-Gruppe mit dem Titel „AIDS und Gesellschaft“. Bereits in diesem Text ist die zentrale These des Buches enthalten: AIDS lege auf „tragische“ Weise eine Reihe von „Brüchen und Auflösungserscheinungen“ der Gesellschaft offen. Eine große Anzahl von Erkrankten bzw. Infizierten lebe am Rande der Gesellschaft. Man schließe sie aus, interessiere sich nicht für sie und verhalte sich ihnen gegenüber indifferent.

AIDS öffne einem die Augen für die Milieus der Drogenabhängigen und der Homosexuellen, der Prostitution und der Gefängnisse, für die entwürdigende Behandlung der Länder auf der Südhälfte der Erde. Die Veröffentlichung ist der Versuch, die gesamte Gesellschaft wachzurütteln angesichts eines sozialen Problems, vor dem man nur allzu gerne die Augen verschließe.

Das Buch enthält sechs als „Zeugnisse“ bezeichnete Texte, in denen nur mit dem Vornamen zeichnende, unterschiedlich Betroffene sich zur Sache äußern: ein HIV-Infizierter, Eltern einer HIV-infizierten Tochter, deren Lebensgefährtin ebenfalls HIV-infiziert ist, eine Krankenschwester, ein Arzt, ein Krankenhausseelsorger, eine Einrichtung zur Begleitung von HIV-Infizierten bzw. AIDS-Erkrankten. In den Kapiteln III und IV melden sich Institutionen und kirchliche Einrichtungen zu Wort, die auf diesem Gebiet tätig sind sowie Vertreter aus Religion (Islam), Wissenschaft (AIDS-Forschung) und Politik (national wie international).

Im letzten Drittel des Buches folgen eine Stellungnahme des Lyoneser Moraltheologen *Xavier Lacroix*, von Bischof Rouet sowie die eigentliche Erklärung der Sozialkommission der französischen Bischöfe. Im Anhang werden zwei frühere Stellungnahmen der Sozialkommission sowie des Ständigen Rates der Bischofskonferenz von 1987 bzw. 1989 und ein Text von *Olivier de Dinechin*, dem Sozialethik-Fachmann der französischen Bischöfe, aus dem Jahre 1993 wiedergegeben.

Schon ein Blick in das Inhaltsverzeichnis zeigt, daß es sich bei diesem Diskussionsbeitrag um mehr bzw. um etwas anderes handelt als um Kondom-Kasustik mit dem Ziel, Festlegungen darüber zu treffen, was unter welchen Umständen mit wem nach Auffassung der französischen Bischöfe erlaubt sein soll oder nicht. Die Auswahl der Autoren und die thematische Schwerpunktsetzung sind Ausdruck des Versuchs, gerade *keine kirchliche Sondermoral* zu begründen. Die französischen Bischöfe zielen mit diesem Dokument auf einen *breiten gesellschaftlichen Konsens* und bringen sich als ein prominenter, aber *sich nicht selbst genügender Gesprächspartner* ein.

In Frankreichs Kirche spricht man bereits vom „Modell Rouet“. Nach der gleichen Methode beschäftigte sich die Sozialkommission der französischen Bischöfe in der Vergangenheit mit *Arbeit und Arbeitslosigkeit* (1993) sowie der *Wohnungsfrage* (1995). Es ist

daher kein Zufall, wenn in der Erklärung der Sozialkommission (Nr. 55) ausdrücklich ein Vergleich zwischen der Arbeitslosigkeit und der AIDS-Thematik angestellt wird: So wie die Arbeitslosigkeit die Gesellschaft dazu nötige, über ihre *wirtschaftliche Verfaßtheit* nachzudenken, so fordere AIDS dazu heraus, sich Rechenschaft abzulegen über die Hoffnung, mit der man lebe.

## Das „Modell Rouet“ macht von sich reden

So wenig es also angemessen ist, das gesamte AIDS-Projekt der Sozialkommission der französischen Bischöfe nach der Haltung in der letztlich vor allem innerkirchlich interessanten Kondom-Frage zu beurteilen – man muß diese Frage auch nicht so zurücknehmen, wie dies z. T. als Reaktion auf die anfänglichen Pressemeldungen von kirchenamtlicher Seite geschehen ist. In einer sehr pragmatischen Diktion stellt Rouet in seiner Stellungnahme fest: „Viele kompetente Ärzte betonen, daß das Präservativ von verlässlicher Qualität gegenwärtig das einzige Mittel der Prävention darstellt. Als solches ist es notwendig“ (Nr. 45). Die entsprechende Formulierung aus der Erklärung des Ständigen Rates von 1989 – sie ist im Anhang nachzulesen (S. 222) – lautete: „Es gibt Mittel zur Prophylaxe. Den Schutz allein auf den Gebrauch dieser Mittel zu reduzieren, ist problematisch.“

Im Vergleich zur Erklärung von 1989 geht Rouet weiter, wenn er diese Mittel als „notwendig“ bezeichnet. Dennoch läßt er ganz im Sinne der bisherigen Linie keinen Zweifel darüber aufkommen, daß der Versuch, die „Probleme der Prävention allein auf individuellem Wege lösen zu wollen“, dem Ausmaß des Phänomens nicht gerecht werde (Nr. 36). Ähnlich heißt es in der eigentlichen Erklärung der Sozialkommission: Es werde „empfohlen, sich zu schützen, was – so notwendig es auch ist – unzureichend bleibt“ (S. 207). Der Moralthologe Lacroix

spricht sich in seinem Beitrag für eine dreifache Reaktion zum Schutz vor AIDS aus: „Präservativ, Begrenzung der Zahl der Sexualpartner, Abstinenz“ (S. 156).

Eine *unkritische Propagierung des Präservativs* als allzeit verfügbarem Schutz vor AIDS kann man Bischof Rouet und der von ihm geführten Kommission ebenso wenig vorhalten wie eine *ausdrückliche frontale Infragestellung der sexualethischen Basis*, mit der das päpstliche Lehramt in „*Humanae vitae*“ und in „*Donum vitae*“ argumentiert – und was letztlich auch die Haltung in der Kondom-Frage begründet: das naturrechtlich begründete Gebot, den Sexualakt in keinem Fall der Möglichkeit zu berauben, fruchtbar werden zu können. Die französischen Autoren belassen es bei einer „pastoralen“ Duldung von Präservativen.

Obwohl die Autoren insgesamt mit bibliographischen Verweisen sparsam umgehen, fällt auf, daß Äußerungen von Johannes Paul II. zu diesem Themenkomplex unerwähnt bleiben. Etwa die viel zitierte Äußerung zur AIDS-Problematik aus seiner Rede vor Jugendlichen in Ugandas Hauptstadt Kampala vom 6. Februar 1993: „Das sexuelle Band der Keuschheit ist das einzig sichere und einzig tugendhafte Mittel, um AIDS, dieser tragischen Heimsuchung, ein Ende zu setzen.“

Weder Bischof Rouet noch die Sozialkommission in ihrer Erklärung noch ein anderer Autor dieses Buches bezeichnen Präservative einschränkungslos als sicher und gar als ethisch unproblematisch. An keiner Stelle ist ausdrücklich davon die Rede, dieses Kontrazeptivum sei im letzten sexualethisch indifferent und erst der Verwendungszusammenhang, die Absicht, die damit verfolgt wird, entscheide deren sittliche Werthhaftigkeit – selbst wenn einige der Autoren dies letztlich so sehen werden. Insofern muß man bis hierher noch nicht einmal einen Widerspruch zum Papst im strengen Sinn sehen. Zumal dieser sich bis heute nie ausdrücklich gegen die Verwendung von Präservativen gewandt hat.

Als im Widerspruch stehend zu Äußerungen des universalkirchlichen Lehramtes liest sich die Veröffentlichung der französischen Bischöfe dagegen insofern, als man eindeutig nicht auf dem *ausnahmslosen Verbot kontrazeptiver Mittel* besteht, sondern diese Mittel unter bestimmten Bedingungen gar als „notwendig“ bezeichnet. Als eine solche Bedingung nennt Rouet in seiner Stellungnahme etwa den Fall, daß es sich um eine in die Persönlichkeit des Betroffenen „integrierte“ sexuelle Aktivität handelt – obwohl selbst in solchen Fällen daran festgehalten wird, daß es sich nach Ansicht der Bischöfe nicht um eine „erwachsene Sexualität“ handelt.

## Unter bestimmten Bedingungen sind Präservative „notwendig“

Lacroix wendet sich in seinem Beitrag gegen eine Argumentationsweise mit dem Anspruch auf „Absolutheit“ und „Ausschließlichkeit“ und definiert das Präservativ als Element eines „notwendigen Minimalschutzes“ (S. 156). Hier kommt ohne Umschweife *ein anderer Typ ethischer Rede* zum Ausdruck, als ihn Johannes Paul II. in seiner moraltheologischen Enzyklika „*Veritatis splendor*“ verwendete, indem er die universelle und ausnahmslose Gültigkeit naturgesetzlich grundlegender negativer Gebote bestätigte (Nr. 52; vgl. HK, Dezember 1993, 626). Die Veröffentlichung der Sozialkommission erweist sich insofern als weit weniger überraschend und bahnbrechend, als zahlreiche französischen Bischöfe auch in der Vergangenheit bereits wiederholt Präservative unter bestimmten Bedingungen als „geringeres Übel“ zu tolerieren bereit waren, und zwar auch solche Bischöfe, die in einem gewissen Sinne als ausgesprochen papsttreu gelten. Diese Haltung nahmen bei der öffentlich geführten Diskussion um das französische Dokument auch Bischöfe anderer Länder ein. Zugleich aber gab es eine Reihe nicht zuletzt von lateinamerikanischen Stimmen, die selbst vom „geringeren Übel“

nichts wissen wollten, sondern im Sinne des ausnahmslosen Verbots argumentierten. Bei der Gelegenheit wurde auch bekannt, daß die Deutsche Bischofskonferenz dabei ist, eine Äußerung zu diesem Thema zu erarbeiten, wobei noch nicht absehbar ist, welche konkrete Form diese haben, wann die Arbeit daran beendet sein

und wann sie schließlich erscheinen wird. Soviel ist deutlich geworden: Die Vielstimmigkeit oder genauer: Widersprüchlichkeit kirchenamtlicher Rede auf diesem Gebiet hat nicht die Sozialkommission der französischen Bischofskonferenz verursacht. Sie ist aus Anlaß der Veröffentlichung ihres Beitrags und als Reaktion darauf

lediglich erneut zutage getreten. Die französischen Äußerungen sind ein eher pragmatischer Versuch, um als Ortskirche auf einem wichtigen Feld sozialen Handelns handlungsfähig zu bleiben. Die grundlegenden moraltheologischen Streitfragen werden damit weder behoben noch wirklich angegangen. K. N.

# Schisma in der Orthodoxie?

## Die Spannungen zwischen Moskau und Konstantinopel

*Das Verhältnis zwischen der zahlenmäßig weitaus größten orthodoxen Kirche, dem Patriarchat von Moskau, und dem Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, der traditionsgemäß den Ehrenvorsitz in der Orthodoxie innehat, ist schon seit geraumer Zeit gespannt. Jüngster Streitpunkt, der die Beziehungen zwischen Moskau und Konstantinopel massiv belastet, ist die Frage der Jurisdiktion über die orthodoxen Gemeinden in Estland.*

Am 20. Februar 1996 gab der Hl. Synod des Ökumenischen Patriarchats bekannt, daß das Dekret aus dem Jahre 1923 wieder in Kraft gesetzt werde, durch das die Gemeinden der autonomen „Estnisch-Apostolischen Orthodoxen Kirche“ (EAOK) in die Jurisdiktion des Ökumenischen Patriarchats aufgenommen wurden. Bis zur Einsetzung eines neuen Oberhauptes für die EAOK werden die orthodoxen Gemeinden Estlands durch Erzbischof *Johannes* (Rinne) von Karelilien und ganz Finnland betreut, der zur Jurisdiktion von Konstantinopel gehört.

### Die Entwicklung der Orthodoxie in Estland

Das Moskauer Patriarchat reagierte schnell: In einer Erklärung des Außenamtes der ROK hieß es, daß das Ökumenische Patriarchat mit diesem Schritt die „seit Jahrhunderten bestehende orthodoxe Einheit zerstöre“ (Nezavisimaja gazeta v. 27.3.1996). In einem Telegramm protestierte der Hl. Synod der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) gegen die „Aufnahme der spalterischen Gruppe“ durch den Patriarchen von Konstantinopel mit dem Hinweis, daß dieser Schritt zum Abbruch der Beziehungen beider Kirchen führen werde“ (Izvestija v. 24.2.1996). Inzwischen wurde der Bruch vollzogen, auch zur Finnischen Orthodoxen Kirche brach Moskau die Beziehungen ab, da deren Oberhaupt provisorisch die Leitung der estnischen Gemeinden übernommen hat.

Der Abbruch von Beziehungen zwischen einzelnen orthodoxen Landeskirchen ist – zwar eine Ausnahme – aber den-

noch nicht selten. Seit Dezember 1992 sind die Beziehungen zwischen dem Patriarchat von Moskau und dem *Patriarchat Bukarest* unterbrochen, nachdem Bukarest in der „russischen Diözese Kishinew und Moldau“ eine „Metropole Bessarabien“ errichtet und einen rumänienfreundlichen Bischof (*Peter Pedaru*) ernannt hatte. Mit scharfen Worten verurteilte Moskau diese „Einmischung des Bukarester Patriarchats in die inneren Angelegenheiten der ROK“: Unterstützung fand Moskau durch das Ökumenische Patriarchat. Patriarch Bartholomäus I. forderte, daß die „Probleme (in Moldawien) streng nach den Kanones der Orthodoxen Kirche und im brüderlichen Dialog gelöst werden müßten“ (Otdel vnesnich cerkovnych snosenii Moskovskogo Patriarchata v. 19.7.1993; Stimme der Orthodoxie [Berlin] 3/1993, S. 9).

Im Sommer 1993 brach das Ökumenische Patriarchat die Beziehungen zum *Jerusalem Patriarchat* ab, nachdem das Jerusalem Patriarchat in Australien ein Kloster unter seine Jurisdiktion aufgenommen und versucht hatte, eine panorthodoxen Synode in Jerusalem einzuberufen, an der alle orthodoxen Landeskirchen teilnehmen sollten, auf der die Frage der „orthodoxen Diaspora“ geklärt werden sollte (*Kitzikis, D.: The Old Calendarists and the Rise of Religious Conservatism in Greece. Etna, California 1995, hier S. 39; Cerkovnaja zizn' New York 3-4/1993, S. 14*). Der Abbruch der erwähnten Beziehungen fand allerdings kaum Beachtung, zumindest wurden die Vorgänge nicht als so sensationell empfunden wie der jetzige Bruch zwischen Moskau und Konstantinopel. Zum Hintergrund der jüngsten Ereignisse: Bis 1923 waren die orthodoxen Gemeinden in Estland Teil der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK). Nach der Unab-